

Kultur und Außenpolitik

Handbuch für Wissenschaft und Praxis

VON

Prof. Dr. Kurt-Jürgen Maaß

3., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage 2015

Nomos Baden-Baden 2015

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de

ISBN 978 3 8487 1504 6



Kurt-Jürgen Maaß [Hrsg.]

Kultur und Außenpolitik

Handbuch für Wissenschaft und Praxis

3. Auflage



Nomos

Kurt-Jürgen Maaß [Hrsg.]

Kultur und Außenpolitik

Handbuch für Wissenschaft und Praxis

3. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage



Nomos

Titelbild:

„Ausstellung Weltreise im ZKM“. Eine Besucherin des Zentrums für Kunst und Medientechnologie (ZKM) in Karlsruhe (Baden-Württemberg) betrachtet am 23.10.2013 das Werk *Uqbar I* von der Künstlerin Corinne Wasmuth aus dem Jahr 2011. Fotografie von Uli Deck.

© dpa.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-1504-6 (Print)

ISBN 978-3-8452-5545-3 (ePDF)

3. Auflage 2015

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung zur dritten Auflage	9
1. Theorien und Konzepte	
1.1 Macht, Interessen und Normen – Auswärtige Kulturpolitik und Außenpolitiktheorien illustriert am Beispiel der deutschen auswärtigen Sprachpolitik	13
<i>Verena Andrei und Volker Rittberger</i>	
1.2 Schlüsselbegriffe der internationalen Diskussion – Public Diplomacy und Soft Power	39
<i>Claudia Auer, Alice Srugies, Martin Löffelholz</i>	
1.3 Vielfältige Umsetzungen – Ziele und Instrumente der Auswärtigen Kulturpolitik ...	47
<i>Kurt-Jürgen Maaß</i>	
2. Geschichte	
2. Zwischen Propaganda und Friedensarbeit – Geschichte der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik im internationalen Vergleich	57
<i>Kurt Düwell</i>	
3. Inhalte und Programme	
3.1 Denken, Sprechen, Verhandeln – Die deutsche Sprache im internationalen Wettbewerb	101
<i>Ulrich Ammon</i>	
3.2 Das nationale und internationale Gesicht der Musen – Kulturelle Programmarbeit	114
<i>Gerd Ulrich Bauer</i>	
3.3 Internationalisierung, Exzellenz, Wettbewerb – Hochschule und Wissenschaft im globalen Spannungsfeld	135
<i>Georg Schütte</i>	
3.4 Arbeit in der Weltgesellschaft – Deutsche Schulen im Ausland	149
<i>Hanna Kiper</i>	
3.5 Imagepflege als Daueraufgabe – Das vielschichtige Deutschlandbild	160
<i>Sebastian Körber</i>	
3.6 Eine neue Herausforderung – Kultur in der Konflikttransformation und Friedenskonsolidierung	169
<i>Martina Fischer</i>	
3.7 Die Aufnahme produktiver Beziehungen – Kultur und Entwicklung	190
<i>Enzio Wetzel</i>	

3.8	Suchen nach Strategien – Transformationsunterstützung als Demokratieförderung	198
	<i>Sonja Grimm und Theresa Moyo Stumptner</i>	
3.9	Information und Deutungshoheit – Die Rolle der Medienpolitik	208
	<i>Verena Metze-Mangold</i>	
4. Nationale Akteure		
4.1	Die Meinung des Souveräns – Der Bundestag	229
	<i>Otto Singer</i>	
4.2	Der wichtigste Akteur – Das Auswärtige Amt	237
	<i>Katharina Thomas</i>	
4.3	Teile eines diplomatischen Systems – Weitere Bundesministerien	244
	<i>Kurt-Jürgen Maaß</i>	
4.4	Unentbehrliche Partner – Die Bundesländer	254
	<i>Kurt-Jürgen Maaß</i>	
4.5	Know-how, Netzwerke, Nachhaltigkeit – Die Kommunen	258
	<i>Kurt-Jürgen Maaß</i>	
4.6	Das deutsche Modell – Die Mittlerorganisationen	263
	<i>Kurt-Jürgen Maaß</i>	
4.7	Stimmgewaltige Zivilgesellschaft – Die Nichtregierungsorganisationen	278
	<i>Swetlana W. Pogorelskaja</i>	
4.8	Partner und Vermittler im Ausland – Die politischen Stiftungen	288
	<i>Swetlana W. Pogorelskaja</i>	
4.9	Frei für Ideen und neues Denken – Die Stiftungen	300
	<i>Peter Theiner</i>	
5. Internationale Akteure		
5.1.	Multilateral und weltweit vernetzt – Die UNESCO	311
	<i>Klaus Hüfner und Traugott Schöfthaler</i>	
5.2	Das größere Europa und sein Gewissen – Der Europarat	322
	<i>Kathrin Merkle</i>	
5.3	Von der Wirtschafts- zur Wertegemeinschaft – Kultur- und Außenkulturpolitik im europäischen Integrationsprozess	331
	<i>Olaf Schwencke und Edda Rydzy</i>	

6. Akteure in Partnerländern

6.1 Anspruch und Wirklichkeit in Geschichte und Gegenwart – Die Auswärtige Kulturpolitik der USA	349
<i>Frank Schumacher</i>	
6.2 Partner und Konkurrenten in der Europäischen Union – Frankreich, Großbritannien, Spanien, Polen und Ungarn	357
<i>Mirjam Schneider</i>	
6.3 Neues Nachdenken – Die Auswärtige Kulturpolitik Japans	377
<i>Yoko Kawamura</i>	
6.4 Die entscheidende Rolle der Außendarstellung – Chinas Gesicht in seiner Auswärtige Kulturpolitik	389
<i>Falk Hartig</i>	
6.5 Soft Power und Hard Power – Die Auswärtige Kulturpolitik der Russischen Föderation	397
<i>Ottilie Bälz und Kurt-Jürgen Maaß</i>	

7. Forschung und Lehre

7.1 Kein Stiefkind mehr – Die Auswärtige Kulturpolitik in Forschung und Lehre	409
<i>Gerd Ulrich Bauer</i>	
7.2. Gewusst wo – Recherchieren in Literatur und Internet	416
<i>Gudrun Czekalla</i>	
8. Literaturverzeichnis	420
9. Personenregister	457
10. Institutionenregister	461
11. Die Autoren	470

Einleitung zur dritten Auflage

Mit dieser Entwicklung hat vor zehn Jahren kaum jemand rechnen können: Soft Power ist zu einem Schlüsselwort der internationalen Diskussion über Auswärtige Kulturpolitik geworden. Von den USA über die Länder der Europäischen Union und die Russische Föderation bis hin nach Ostasien ist die wissenschaftliche und politikbegleitende Literatur aus Hochschulen und aus Think Tanks nicht mehr überschaubar. Das britische Institute for Government hat vor Jahren sogar begonnen, ein „international ranking of soft power“ zu entwickeln, das 2013 zum dritten Mal publiziert wurde und in dem Deutschland weltweit auf Platz 3 steht.¹

Beigetragen haben dazu zwei außenpolitische Kernereignisse der neunziger Jahre: die Transferunterstützung der westlichen Welt für ehemals sozialistische Mitgliedstaaten der früheren Sowjetunion (von denen ein großer Teil inzwischen Mitglied der Europäischen Union ist) und der weltweite Schock über den Völkermord in Ruanda, der zu umfangreichen nationalen und internationalen Programmen der Krisenprävention und Konfliktbewältigung führte. In der darauffolgenden Dekade und bis heute wächst außerdem das Gewicht des Themas Entwicklung. Viele Länder haben die Trennung von Entwicklungspolitik und Außenpolitik inzwischen aufgegeben (einige haben sie nie getrennt) oder aber sind dabei, sie stärker als bisher miteinander zu verzahnen. In der chinesischen wie auch in der russischen Diskussion über Soft Power ist Entwicklungshilfe ein zentraler Teil geworden.

Auswärtige Kulturpolitik ist nicht mehr – wie von Volker Rittberger noch 2002 auf einer Tagung des Instituts für Auslandsbeziehungen in Stuttgart formuliert – ein „Stiefkind der Forschung“. Dies wird schon daraus deutlich, dass ein Drittel der zitierten Literatur aus den letzten fünf Jahren stammt.

Das Handbuch hat 2005 zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik den Versuch unternommen, die vielfältigen Aspekte und Ansätze dieses Teilgebietes der Außenpolitik in einer Publikation zusammenzufassen und dabei – auch das war neu – einen systematischen Blick auf vergleichbare Entwicklungen in anderen Ländern zu werfen. In der zweiten Auflage von 2009 wurde der Blick schon erweitert auf China und Russland. Für die dritte Auflage haben wir nun zusätzlich drei weitere Themen aufgenommen: zum einen *Public Diplomacy* und *Soft Power* als Schlüsselbegriffe, ferner einen Blick auf die Kooperation von Entwicklungshilfe und Außenpolitik und schließlich einen kritischen Beitrag zum Thema Transformationsunterstützung als Demokratieförderung. Alle bisherigen Autoren haben ihre Texte intensiv überarbeitet und aktualisiert. Sechs Themen haben neue VerfasserInnen: die Auslandsschulen, die Medien, das Auswärtige Amt, die USA, die Partnerländer in der Europäischen Union und schließlich auch Russland.

Die Zahl der Akteure in der Auswärtigen Kulturpolitik ist nach wie vor groß. Jan Melissen hat in einem Beitrag für den vom Auswärtigen Amt angestoßenen Nachdenkprozess *Review 2014* über die Zukunft der deutschen Außenpolitik ein „Nationales Diplomatisches System“ eingefordert². Das gibt es in Deutschland bereits: zahlreiche weitere Bundesministerien neben dem Auswärtigen Amt, die Länderregierungen, die Kommunen, Mittlerorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, politische wie auch private Stiftungen beteiligen sich am internationalen

1 U.K. Platz 1, USA Platz 2, Frankreich Platz 4, McClory 2013.

2 <http://www.review2014.de/en/external-view/show/article/die-populaerste-macht-der-welt-ein-diplomatisches-talent/pages/1.html> (September 2014).

Kulturaustausch. Wünschenswert wäre allerdings – vielleicht meinte Melissen auch dies – eine stärkere Zusammenführung und Koordinierung der Akteure im Interesse einer größeren Kohärenz der deutschen Außenkulturpolitik. Dies wird im Handbuch erneut angeregt.

Eine ganz neue Entwicklung in der europäischen Außenkulturpolitik bahnt sich von Brüssel aus an: in einem fast eineinhalbjährigen Kooperations- und Austauschprojekt der Europäischen Union mit ihren 28 Mitgliedern und darüber hinaus unter Einbeziehung weiterer 26 Länder unter dem Titel *Culture in EU External Relations* sind die Beteiligten zu der Schlussfolgerung gekommen: „Cultural relations have a huge potential for enhancing European influence and attraction in the rest of the world“.³ Dieser „Ball“ liegt nun bei der Außenbeauftragten der Europäischen Union. In den nächsten fünf Jahren wird sich zeigen, ob und wie die Europäische Union die Ansätze in ihrer Außenpolitik verwirklicht.

Auch die dritte Auflage ist ein Gemeinschaftswerk. 16 Autorinnen und 16 Autoren haben dazu beigetragen. Uns verbindet ein tiefes Interesse an der Auswärtigen Kulturpolitik. Ich danke allen für ihr Engagement. Udenkbar wäre die Verwirklichung der Neuauflage ohne die so effiziente und immer hilfreiche Mitarbeit der Bibliothek des Instituts für Auslandsbeziehungen. Diese wissenschaftliche Spezialbibliothek ist für das Handbuch schlicht unentbehrlich. Ich danke der Leiterin der Bibliothek, Gudrun Czekalla, und allen ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die großartige Unterstützung und speziell Claudia Judt und Kornelia Serwotka für die erneute Betreuung der Literaturliste. Meiner ehemaligen Studentin Corinna Bach danke ich für die Überprüfung sämtlicher Links ins Internet im Literaturverzeichnis der zweiten Auflage. Carsten Rehbein sage ich Dank für ein einfühlsames und intensives Lektorat.

Um die Verständlichkeit, die Klarheit und die Eindeutigkeit des Buches zu erhöhen, sind alle verwendeten Personen- und Funktionenbezeichnungen in ihrer geschlechtsneutralen Bedeutung gemeint (generische Maskulina).

Kurt-Jürgen Maaß

3 European Union 2014: 13; vgl. auch <http://cultureinexternalrelations.eu> (September 2014).

2. Zwischen Propaganda und Friedensarbeit – Geschichte der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik im internationalen Vergleich

Kurt Düwell

Seit wann ist wohl bei uns das Wort Kulturpolitik gebräuchlich geworden? Ich glaube, nicht länger denn seit einem Jahrhundert. Und noch immer wird es vornehmlich, wenn nicht ausschließlich, nur auf die innere Politik angewendet. Die anderen großen Kulturstaaten oder richtiger Kulturvölker treiben aber inzwischen bereits viele Jahre lang auch äußere Kulturpolitik. So vor allem die Franzosen und die Nordamerikaner; mehr indirekt auch die Engländer. Und schon hat sich experimentell und intuitiv eine Reihe von Grundsätzen herausgebildet, nach denen man dabei verfährt. Man muss, um sie kennen zu lernen, die Berichte vor allem der Missionen, daneben für Frankreich die Mitteilungen der Alliance Française, für Amerika auch die Nachrichten über die Politik der Vereinigten Staaten in Südamerika und in China verfolgen, um einen genügenden Eindruck von der lebhaften Tätigkeit auf diesem Gebiete zu erhalten. Freilich eine systematische und prinzipiell zu bestimmten Vorstellungen ausgebildete wie auf feste wissenschaftliche Grundlagen gestellte auswärtige Kulturpolitik gibt es auch bei den genannten großen Nationen noch nicht [...].

Aus einer Rede des Historikers Karl Lamprecht am 7. Oktober 1912 auf der Tagung des Verbandes für internationale Verständigung in Heidelberg, in der anscheinend zum ersten Mal die Bezeichnung „auswärtige Kulturpolitik“ benutzt wurde.¹

Seit dem Erscheinen des Aufsatzes von Samuel P. Huntington *The Clash of Civilizations?* (1993) in der Zeitschrift *Foreign Affairs* und Huntingtons umfangreicherer Buchpublikation gleichen Titels, diesmal ohne Fragezeichen (Huntington 1996: 12), ist auch die Diskussion über Auswärtige Kulturpolitik neu in Bewegung geraten. Huntingtons These, dass nach dem Ende des Kalten Kriegs die Konflikte der Zukunft nicht mehr (nur) ideologischer, politischer oder ökonomischer Art seien, sondern dass in der kommenden globalen Politik Konflikte zwischen Gruppen aus unterschiedlichen Zivilisationen die zentrale und gefährlichste Dimension darstellen würden, steht auch nach dem Irak-Krieg von 2003 immer noch im Mittelpunkt einer internationalen Diskussion über das Konzept von Zivilisationen und über das Verhältnis von Macht und Kultur. Das Fazit Huntingtons lautete 1996: „Konflikte von Zivilisationen sind die größte Gefahr für den Weltfrieden, und eine auf Zivilisationen basierende internationale Ordnung ist der sicherste Schutz vor einem Weltkrieg“² (a.a.O.: 12, 531). Diese Aufwertung der Kulturbeziehungen zwischen Staaten und Gesellschaften hat auch den amerikanischen Politikwissenschaftler Joseph Nye dazu geführt, die kulturpolitische *Soft Power* (oder auch *Smart Power*) einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen (Nye 2004).

1 Zu Lamprechts Ansatz vgl. Matthias Middell, Weltgeschichtsschreibung im Zeitalter der Verfachlichung und Professionalisierung. Das Leipziger Institut für Kultur- und Universalgeschichte. 1890-1990. 3 Teile, Leipzig 2004, hier Teil 3. Vgl. Rüdiger vom Bruch, Weltpolitik als Kulturmission: Auswärtige Kulturpolitik und Bildungsbürgertum in Deutschland am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Paderborn 1982: S. 181 ff. .

2 Vgl. die Rezension über Huntingtons Buch von Ludger Kühnhardt (1996a) und die Huntington-Sondernummer der Zeitschrift *Rechtstheorie* 29 (1998), Heft 3-4.

Die These von der Kriegsprävention durch Kulturarbeit ist allerdings nicht ganz neu. Schon mitten in der Zeit des Kalten Kriegs hatte sich während der ersten Phase der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in deren Europäischem Kulturforum in Budapest Mitte der sechziger Jahre die Erkenntnis durchgesetzt, dass internationale Kulturpolitik Friedenspolitik sei (Pabsch 1986). In der zweiten Phase der Konferenz ab 1973 hatte sich daraus schon ein Diskurs entwickelt, der zunächst von Diplomaten und Politikern (Steltzer 1971, Witte 1975 und 2003), mehr und mehr aber auch von der Wissenschaft und von der Publizistik mitgetragen wurde (Ruf 1973). Die von der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf ihren Treffen in Helsinki 1975 erreichte Einigung über den sogenannten Korb III bedeutete nicht nur die Anerkennung und Aufwertung kulturpolitischer Diplomatie und Kooperation zwischen Ost und West, sondern hat auch den weiteren Gang der Annäherung und Überwindung des Kalten Kriegs nachhaltig beeinflusst (Genscher 1986; Meyer-Landrut 1986; Schwab-Felisch 1986). Insofern schloss hier indirekt auch Huntington 1993 noch in einer Art Umkehrschluss an: Ohne Verständnis zwischen den Kulturen und ohne kulturpolitische Annäherung könne ein Krieg der Kulturen drohen. Kulturelle Zusammenarbeit könnte dagegen mit Recht als Mittel der Konfliktprevention und als Krisen verhinderndes „Frühwarnsystem“ verstanden werden. Der Diskurs über diese Thesen ist in etwas veränderter Form immer noch im Gang³.

Gewiss steht heute die Auswärtige Kulturpolitik mehr denn je vor der Notwendigkeit, friedliche Konfliktprevention zu leisten (Maaß 2002 und 2014; Mit Kultur gegen Krisen 2001). Dieses Ziel hat sie sich aber in früheren Zeiten nicht immer zu eigen gemacht. Als der Begriff Auswärtige Kulturpolitik schon vor dem Ersten Weltkrieg vereinzelt benutzt wurde (Düwell 1976: 14 ff.), war er von wenigen Ausnahmen abgesehen noch sehr stark vom nationalistischen Missionsbewusstsein und Expansionswillen der europäischen Völker bis hin zum Chauvinismus bestimmt. Das agonale nationalistische Sendungsbewusstsein zielte im Allgemeinen auf kulturelle Propaganda, auf kulturelle Ausbreitung, oft als Vorstufe zur politischen Expansion, sei es in Übersee oder als direkte territoriale Erweiterung im Anschluss an das eigene Landesgebiet. Auch die christliche Mission (nach dem Gebot des Neuen Testaments, Matthäus 28,18-20 und Apostelgeschichte 1,8) wurde seit dem 19. Jahrhundert von den europäischen Mächten zum Teil in den Dienst der nationalen Propaganda und Expansion gestellt (Gründer 1985: 149 ff.; Bade 1975: 414 ff.). Und es lässt sich kaum bestreiten, dass der Propagandabegriff noch bis zum Ersten Weltkrieg von einem religiösen Kerngehalt mit beeinflusst blieb, von dem er zum Teil seit den römischen Kurienkongregationen des 16. Jahrhunderts abstammte. Das hat auch die säkulare Verwendung dieses Wortes als Ausdruck eines national-kulturellen Sendungsbewusstseins mitbestimmt.

1. Auswärtige Kulturpolitik – die Sache und der Begriff in historisch vergleichender Sicht

Das nationale Selbstverständnis der europäischen Völker im 19. Jahrhundert entwickelte von Anfang an einen Impuls zur patriotischen Mission, wie er zuerst in der Französischen Revolu-

3 Vgl. den Beitrag von Kurt-Jürgen Maaß über Ziele und Instrumente in diesem Band. Für den Diskurs im Zusammenhang mit dem nach 2001 begonnenen europäisch-islamischen Dialog sei besonders hingewiesen auf Traugott Schöfthaler, Raus aus dem Huntington-Szenario, in: Kulturreport. Fortschritt Europa. Heft 1/2007: S. 97-102.

tion deutlicher hervorgetreten ist. Dieses nationale Sendungsbewusstsein beanspruchte auch eine kulturelle Missionsaufgabe zu besitzen. Selbst die Kunstraubzüge Napoleons I. dienten diesem Ziel. Von hier aus entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Frankreich die Vorstellung eines *pontificat de la civilisation neuve*, ähnlich wie die des von England ausgehenden Gedankens eines *Greater Britain*, wie ihn Charles W. Dilke 1868 in seinem gleichnamigen Werk beschrieb, dem auch Rudyard Kipling und andere folgten. Ihr Ziel war die nationale Expansion. Im Zeitalter des aufkommenden Darwinismus vermengten sich damit auch biologistische Vorstellungen, die oft mit dem Propagandagedanken verbunden wurden. Denn lat. *propagare* (fortpflanzen, ausbreiten) drückte auch die Vorstellung eines aufgepflanzten Edelreises auf dem „Wildlingsstamm“ und damit die Überlegenheit des eigenen „Superstrats“ über das fremde „Substrat“ in Übersee aus.

Den Weg kultureller Propaganda hat Frankreich in den Jahren 1883/84 als erste europäische Nation in organisierter Form eingeschlagen. Und die übrigen Mächte Europas sind bald in unterschiedlichem Tempo gefolgt. Sie „mussten“ darin folgen, wenn sie im imperialistischen Zeitalter nicht wichtige geistige und künstlerische Tätigkeitsbereiche im internationalen Wettbewerb der Mächte vernachlässigen und anderen Nationalstaaten den Vortritt lassen wollten. Im Falle Frankreichs bedeutete solche kulturelle Propaganda, wie die Gründung der Alliance Française von 1884 zeigte, zugleich auch den Versuch, die 1871 verlorene französische Machtstellung durch geistige Mittel des Einflusses zu kompensieren. Dieser Weg zeitigte eine nachhaltige Wirkung. So hieß es noch 1983 in einer offiziellen Selbstdarstellung dieser französischen Kulturinstitution:

„L'œuvre de l'Alliance se présente comme une œuvre patriotique, au double sens que le mot comporte alors historiquement. Il s'agit d'abord de rendre à la France son image de marque internationale, cruellement obérée par la défaite de Sedan en septembre 1870 et par le traité de Francfort du 10 mai 1871, qui a appauvri le pays et amputé le territoire national des deux provinces martyres: l'Alsace et la Lorraine. Il faut ensuite, et par compensation, étendre l'influence française dans les territoires d'outre-mer et plus spécialement dans le bassin méditerranéen: l'Algérie, fraîchement conquise, la Tunisie, soumise au Protectorat par le traité du Bardo en 1881 et le Levant, où la prépondérance de la France s'exerce d'une façon traditionnelle. Ainsi sera réparé un désastre et relancée l'impulsion française“ (Bruzière 1983: 11 f.).

Epochemachend war aber auch schon 1874 ein kulturpolitisches Abkommen Deutschlands mit Griechenland, das von dem deutschen Archäologen Ernst Curtius angeregt worden war und wissenschaftliche Ausgrabungen der Preußischen Akademie der Wissenschaften auf dem Gelände der längst versunkenen antiken Tempel- und Sportstätten in Olympia ermöglichen sollte. Für diese deutsch-griechische Übereinkunft vom 13. April 1874 (in der damals üblichen Diplomatensprache Französisch als *Convention relative à des fouilles archéologiques* bezeichnet) waren primär die wissenschaftlichen Motive von Curtius maßgeblich. Sie erstreckten sich nicht etwa auf den Erwerb antiker Bau- und Bildwerke, sondern hatten ausschließlich zum Ziel, die gesamte Anlage der alten olympischen Stätten, beginnend mit dem Zeustempel in Olympia, zu ergraben, genau zu vermessen und wissenschaftlich zu rekonstruieren. Es sollten also keine archäologischen „Trophäen“ für deutsche Museen gewonnen werden. Das Eigentum an den Bauten und Bildwerken verblieb ausdrücklich beim griechischen Staat. Die Athener Regierung räumte lediglich ein, dass eventuell Kopien der Funde an Deutschland überlassen werden konnten, was am Ende der ersten Grabungskampagne 1881 teilweise auch geschah. In Zusam-

menhang mit den Grabungsplänen in Olympia erhielt das alte Preußische Archäologische Institut in Rom (gegründet 1829) eine Zweigstelle in Athen und wurde auf den Reichsetat übernommen. Die wissenschaftliche Arbeit beruhte prinzipiell auf einer paritätischen deutsch-griechischen Kooperation. Dennoch war diese kulturelle Übereinkunft deutscherseits nicht ganz frei von politischen Ambitionen, allerdings weniger bei Bismarck als bei Wilhelm I.

Dieser Vertrag, der übrigens der erste Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Griechenland überhaupt war und am 5. Dezember 1874 vom Reichstag ratifiziert und ein Jahr später auch vom griechischen König Georg I. unterzeichnet wurde, machte von deutscher Seite bis 1881 Aufwendungen von 700.000 Reichsmark notwendig. Reichskanzler von Bismarck stand dem Unternehmen aber im Gegensatz zu Kaiser Wilhelm I. gar nicht so aufgeschlossen gegenüber und hat sich 1881 nicht entschließen können zu empfehlen, dass über die erwähnte Summe hinaus noch eine weitere Tranche aus dem Reichshaushalt bewilligt würde. Der Kaiser gewährte die Schlusssumme vielmehr aus seiner Privatschatulle und ließ den Kanzler, wie die Archivarin Maria Keipert kürzlich zitierte, wissen, dass dessen ablehnendes Votum „wenigstens kein Interesse für Wissenschaft und Kunst“ verrate (Keipert 2007). Die unter der Leitung eines deutschen und eines griechischen Grabungskommissars in Olympia freigelegten ersten Funde haben in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts zwar ein wenig im Schatten der Grabungen Heinrich Schliemanns in Hissarlik („Troja“) und Orchomenos gestanden, aber Curtius' Olympia hat gerade den französischen Pädagogen und Sportpolitiker Pierre Baron de Coubertin (1863-1957) bewogen, seine Pläne zu einer Wiederbelebung der Olympischen Spiele für die Moderne zu schaffen (1894 Gründung des Olympischen Komitees) und an den ersten Spielen der Neuzeit 1896 in Athen führend mitzuwirken⁴. Seither sind die Grabungen von Curtius in Olympia ein Glücksfall auswärtiger Kulturpolitik und ein epochales Ereignis geblieben.

Als zwischen 1900 und 1910 das Instrument einer kulturellen Außenpolitik besonders in Frankreich und Deutschland, aber auch in den USA, schon in seiner Bedeutung erkannt war, entwickelten sich auf diesem Gebiet bald auch nationale Rivalitäten, an denen sich ebenso andere Staaten beteiligten. Die Reichsregierung betrieb insbesondere für das deutsche Auslandsschulwesen eine verstärkte Förderung, die bis zur Einrichtung deutscher Hochschulen im Ausland reichte. Betrug die Zahl der deutschen Auslandsschulen noch 1870 erst 96, so wuchs sie bis zum Jahr 1900 schon auf 438 an, und bis 1913 kamen nochmals 262 hinzu. Diese starke Expansion war teilweise auf die wachsende deutsche Auswanderung seit 1849, aber auch auf das seit der Gründung des Reichsschulfonds im Auswärtigen Amt (1878) intensiviertere deutsche Auslandsschulprogramm zurückzuführen. Wir kennen die Zahlen aus einer umfangreichen, erst 1972 entdeckten geheimen Denkschrift des Amts vom April 1914 (Düwell 1976: 268 ff.). Sie stellt, wie schon der deutsch-griechische Vertrag von 1874, ein weiteres Kerndokument der deutschen Auswärtigen Kulturpolitik dar.

Dass ausgerechnet eine Denkschrift über das deutsche Auslandsschulwesen 1914 als geheim deklariert wurde, hat in der Forschung nach der Entdeckung des Dokuments 1972 einiges Kopfzerbrechen bereitet. Der Geheimcharakter war aber, wie man inzwischen mit guten Gründen vermutet hat, aus der Tatsache herzuleiten, dass einige Inhalte dieses Memorandums eine in der damaligen Hochphase des europäischen Imperialismus sensible Materie darstellten. Das galt besonders für diejenigen Textpassagen, in denen Pläne für ein auszubauendes deutsches

4 Vgl. Norbert Müller, in: Comité International Olympique, Tome II: S.7 und Rudolf Malter, L'Olympisme de Pierre de Coubertin, vol. I, édité par l'Institut Carl Diem, Köln 1969: S. 91.

Hochschulwesen in China (Shanghai, Tsingtau) und in der Osmanischen Türkei (Adana) genannt wurden – letztere im Zusammenhang mit der seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts im Bau befindlichen Bagdadbahn, für die das Reich türkische Konzessionen erhalten hatte. Deutschland „lieferte“ technische Schulen und Hochschulen, die u.a. für die Ausbildung des türkischen Bahnpersonals notwendig waren. Eine weitere von Berlin geförderte Technische Hochschule, unterstützt auch vom Hilfsverein der deutschen Juden, befand sich in Haifa in Vorbereitung. Angesichts der gespannten internationalen Lage sah sich das Auswärtige Amt aber wohl seit der britisch-französischen „Entente“ von 1904 und dem russischen Beitritt von 1907 – beides auf eine Eindämmung des deutschen Einflusses auch im Nahen Osten gerichtet – veranlasst, die deutschen kulturpolitischen Pläne für diese Region nicht offen zu legen. Das Auswärtige Amt zog also eine Geheimhaltung vor. Diese damalige deutsche Einschätzung der Lage ist etwas später im Ersten Weltkrieg durch das Sykes-Picot-Abkommen (1916) über eine britisch-französische Interessenabgrenzung in diesem Raum indirekt bestätigt worden. Die deutsche Niederlage von 1918 hat dann auch dazu geführt, dass die erwähnte, in Haifa seit 1908 von der Berliner Regierung und dem Hilfsverein der deutschen Juden vorbereitete Technische Hochschule, das heute weltberühmte „Technion“, den Unterricht nicht mehr, wie ursprünglich geplant, auf Deutsch, sondern anfangs in englischer Sprache aufnahm und erst später auch in Neuhebräisch unterrichtete. Das Beispiel zeigte früh die besondere Bedeutung des Mediums Sprache in den äußeren Kulturbeziehungen.

Die schon oben am Beispiel Frankreichs nach 1871 erwähnte Frage, wie die verlorene nationale „Triebkraft“ durch Kulturpolitik wiedergewonnen werden könne, bewegte fast fünfzig Jahre später auch die deutsche Reichsleitung, als General Groener nach der deutschen Niederlage im Mai 1919 im Großen Hauptquartier feststellte: „Zur Außenpolitik gehören Macht, Heer, Flotte und Geld; das alles haben wir nicht mehr“ (Düwell 1976: 32). Konnte nun also Auswärtige Kulturpolitik – ähnlich wie in Frankreich nach 1871 – ein Ersatz, eine Kompensation für die geschwundenen Mittel der traditionellen deutschen Außenpolitik sein? Und welche Mittel standen der Auswärtigen Kulturpolitik zu Gebote? Im Falle Frankreichs ging es zunächst um die Sprachpolitik. Die Alliance Française nannte sich *Association Nationale pour la Propagation de la Langue Française*. Und ähnliche Ziele verfolgte seit 1881 der Allgemeine Deutsche Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Ausland (später: Verein für das Deutschtum im Ausland, VDA). Doch war dieser zunächst auf begrenztere Aufgaben bezogen. Die *propagation* der Alliance Française dagegen war weiter gefasst und sah in der Spracharbeit durchaus auch Reklame (s.o. *image de marque*) für französische Erzeugnisse: „Tout client de la langue française devient un client des produits français“ (Bruézière 1983: 30).

Doch allgemein muss gesagt werden, dass mit diesen Gründungen in der Außenpolitik auch subtilere Mittel Berücksichtigung finden sollten, neben der Sprachwerbung z.B. auch Kunst und Kunstwissenschaft und die angewandte Psychologie. Besonders die Reichskanzler von Bismarck und von Bethmann Hollweg haben diesen Faktor durchaus in seiner Bedeutung erkannt. Schon 1879 hatte Bismarck im Hinblick auf Elsass-Lothringen, das nach dem deutsch-französischen Krieg von Deutschland annektiert worden war, dafür plädiert, die Bevölkerung dieses „Reichslandes“ am Bundesrat zu beteiligen, was dann aber erst viel später (1911) geschah. Zur psychologischen Bedeutung dieser Frage sagte Bismarck im Reichstag am 27. März 1879: „Es ist im ganzen Lande als eine *question de dignité* empfunden, also als eines der Imponderabilien in der Politik, die oft viel mächtiger wirken als die Fragen des materiellen und direkten Interesses“ (Ingrim 1950: 222). War das hier zunächst mehr ein psychologischer Fak-

tor der Innenpolitik, so hat Reichskanzler Bethmann Hollweg, konkret auf die Auswärtige Kulturpolitik bezogen, dann im Juni 1913 in einem Antwortbrief an den Historiker Karl Lamprecht, dessen Ideen bestätigend, vor dem „naiven Glauben an die Gewalt“ und vor der Unterschätzung der „feineren Mittel“ gewarnt und gemahnt, „dass, was die Gewalt erwirbt, die Gewalt allein niemals erhalten kann“ (Düwell 1976: 19 f.). Dennoch war das alles noch immer recht propagandistisch gedacht. Kurt Riezler, der Berater Bethmann Hollwegs, der 1914 unter dem Pseudonym J. J. Ruedorffer sein Buch über „Weltpolitik“ veröffentlichte und darin einen „Imperialismus der Idee“ vertrat, sprach auch von einem Nationalismus der „leisen und stillen Allüren“, der erst noch gelernt werden müsse (Ruedorffer 1914: 84 f.; Riezler 1972: 48 f.). Aber selbst diese Formulierung war im Grunde eher noch ein Ausdruck der Propaganda und nicht der Empathie mit einer anderen Kultur oder Nation.

Eine differenziertere Betrachtung hatte dagegen 1912 Karl Lamprecht in seinem Plädoyer für Auswärtige Kulturpolitik versucht. „Das Problem der Auswärtigen Kulturpolitik“, so schrieb Lamprecht, „trägt alsbald in die weitesten Gebiete der menschheitlichen Entwicklung nicht bloß der Gegenwart, sondern auch der Vergangenheit. Denn da die Völker, um deren Beeinflussung es sich handelt, fast durchweg eine mehr oder minder lange Dauer ihrer Entwicklung hinter sich haben, so ist an eine verständnisvolle Einwirkung auf sie ohne historisches Einfühlen gar nicht zu denken. So wird denn die theoretische äußere Kulturpolitik ohne weiteres zur universalen Kulturgeschichte: Und erst ein klares Verständnis der einen lässt die völlig erfolgreiche Durchbildung der andern erhoffen“ (Lamprecht 1913: 5). Lamprecht hat mit diesen Ausführungen, die allerdings leider noch den zeittypischen Vorurteilen über Afrikaner, über rassische Überlegenheit der Weißen, „höhere Kulturstufen“ usw., verhaftet und stark national getönt waren, den Begriff der Auswärtigen Kulturpolitik durchgesetzt. Er hat dabei den Kulturturnationen einen für sie jeweils in einer Epoche charakteristischen sozialpsychologischen Gesamthabitus (*Diapason*) zugeschrieben, den es zu erkennen gelte und auf den einzuwirken möglich sei (Chickering 1993: 81 f.). Mit der historischen Vertiefung des Problems hatte Lamprecht immerhin schon seit 1907 in seinen Beiträgen zur Kultur- und Universalgeschichte begonnen. Ausgehend von Wilhelm Wundts Völkerpsychologie bzw. Kulturanthropologie entwickelte er eine Theorie von historisch bedingten Kulturkreisen, die als Grundvorstellung unter anderem über Oswald Spengler (1980), Arnold Toynbee, Richard Thurnwald und die *cross cultural* und *area studies* der sechziger und siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts bis hin zu Samuel P. Huntingtons etwas greller Kulturknall-Theorie weiter gewirkt hat. Auf die von Lamprecht 1914 entwickelten Ideen zu einer Universitätsreform, die die für ihn wesentlichen Grundlagen einer künftigen Außenkulturpolitik liefern und u.a. erstmals zu einer stärkeren Berücksichtigung der Auslandsstudien führen sollten, hat erst vor wenigen Jahren Katrin Bürgel hingewiesen (Bürgel 2006).

Es gibt also innerhalb dieser Grenzen wohl immer auch Bewegungen, die hinüber oder herüber wirken, weshalb schon Karl Lamprecht sich ganz besonders der historischen Phänomene von Rezeptionen und Renaissancen annehmen wollte, wozu es aber dann infolge seines frühen Todes 1915 nicht mehr gekommen ist. Für die Auswärtige Kulturpolitik ist es wichtig, dass Rezeptionen immer auch Adaptationen durch den oder die Rezipienten darstellen. Diese Autonomie der Kultur muss jede Kulturpolitik in Rechnung stellen, wenn sie Erfolg haben will. Fragt man z.B. nach den Gründen, warum die Wirkung der archäologischen Grabungserfolge Ernst Curtius' in Olympia seit 1875 in Deutschland im Wesentlichen auf den kleinen Kreis der Altertumsforscher begrenzt blieb, während sie im Frankreich Pierre de Coubertins seit den neunzi-

ger Jahren des 19. Jahrhunderts eine breite nationale und internationale Bewegung zur Wiederbelebung der antiken Spiele auslöste, so muss man vor allem auf die im Vergleich zu Deutschland damals schon weiter entwickelten französischen Möglichkeiten einer institutionalisierten „Kulturdiplomatie“ hinweisen.⁵ War es zum einen der Elan Coubertins, der aus gesicherten Forschungsergebnissen Curtius' eine neue siegreiche olympische Idee entwickelte, so trugen auch die von Frankreich geschaffenen Einrichtungen der Auswärtigen Kulturpolitik nicht unwesentlich zu einer schnellen Verbreitung der Gedanken Coubertins im Ausland bei.

2. Ausgestaltung und Wahrnehmung der Auswärtigen Kulturpolitik als neues Feld politischer Beziehungen seit dem 19. Jahrhundert

Zur Ausbildung einer instrumentell entwickelten Auswärtigen Kulturpolitik als Teildisziplin der Außenpolitik kam es, historisch betrachtet, meist erst nach Bildung einer gewissen „kritischen Masse“ an kulturellen oder kulturpolitischen Außenaktivitäten und/oder Institutionen. In Frankreich hatten sich die kulturellen und wissenschaftlichen Außenkontakte zum östlichen Mittelmeerraum schon seit der Ägyptenexpedition Napoleons I. von 1798 und dann nochmals später durch die Forschungsreisen Jean-François Champollions im Auftrag König Karls X. zur Erforschung der Hieroglyphen entwickelt. Die Gründung der Ecole Française d'Athènes 1846, die zu einem Mittelpunkt der archäologischen Forschungen in Griechenland wurde und der noch, wie oben erwähnt, im 19. Jahrhundert ein Deutsches Archäologisches Institut in Athen (1875) als Ableger des schon 1829 in Rom gegründeten Preußischen Archäologischen Instituts sowie später die Gründung der American School of Classical Studies at Athens (1882) und die ähnlich orientierte British School at Athens (1883) folgten, zeigt eines deutlich: dass Frankreich eine ganze Reihe von kulturellen Initiativen ergriffen und Institutionen geschaffen hatte, die dann schon bald aufgrund ihres Umfangs eine staatliche Förderung und Aufsicht erforderlich machten. Dazu gehörten in Frankreich selbst auch die nach 1871 verstärkten kulturellen Verbindungen und Beziehungen in den südlichen und östlichen Mittelmeerraum (vor allem Algerien, Tunesien und die Levante), seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts auch die französischen Schulen in West- und Ostafrika und vor allem in Ägypten. Seit den neunziger Jahren kam es dann zu einem ausgedehnten Netzwerk französischer Schulen auch in Japan und China, im Osmanischen Reich, in Australien, Indochina und Tahiti, in Kanada, den USA und in Mittel- und Südamerika. Es war daher nur folgerichtig, wenn man in Paris 1909/10 dazu überging, mit der Errichtung eines *Service des Oeuvres Françaises à l'Étranger* eine erste koordinierende und kontrollierende amtliche Stelle zu schaffen. Sie blieb zunächst dem Außen- und dem Unterrichtsministerium gegenüber relativ unabhängig, geriet aber dann durch den Ersten Weltkrieg, wie die kulturellen Agenturen anderer Staaten auch, immer mehr in propagandistisches Fahrwasser. Dies zeigte die während des Kriegs erfolgte Gründung des *Commissariat Général de l'Information et de Propagande*. Und auch im Unterrichtsministerium stand in dieser Zeit die Bezeichnung der Abteilung des *Service d'Expansion Universitaire et Scientifi-*

⁵ Frank Trommler sieht in diesen Bemühungen Coubertins den Beginn des modernen Internationalismus. Vgl. Frank Trommler, *Kulturmacht ohne Kompass. Deutsche auswärtige Kulturbeziehungen im 20. Jahrhundert*. Köln/Weimar 2014: S. 83. Zum Vertrag selbst, allerdings ohne Bezug zu Coubertin, siehe Alexander Honold, 25. April 1874: Vertrag zwischen Griechenland und dem Deutschen Reich zur Ausgrabung Olympias. In: Ders./Klaus R Scherpe (Hg.) *Mit Deutschland um die Welt. Eine Kulturgeschichte des Fremden in der Kolonialzeit*. Frankfurt 2004: S. 41-50.

que dafür, dass es nicht bei einer bloßen Expansion im Sinne von Verbreitung akademischer Einrichtungen blieb, sondern auch hier eine expansive kulturelle Propaganda in den Dienst des nationalen Kampfs gestellt wurde.

Es war dies nur die allgemeine propagandistische Signatur der Kriegszeit, die Frankreich als erster Staat ausgebildet hatte. Auf deutscher Seite war es, zeitlich etwas versetzt, nicht sehr viel anders. Das neu gegründete Kaiserreich von 1871 hat aber erst relativ spät die Bedeutung der Auswärtigen Kulturpolitik erkannt und eine gewisse Koordination durch neu gegründete Reichsstellen geschaffen. Auch hier ergab sich die Notwendigkeit staatlicher Hilfe aus dem großen finanziellen Bedarf, den Einrichtungen wie die 1815 von Preußen begonnenen *Inscriptiones Graecae* oder das zuerst von Preußen getragene Deutsche Archäologische Institut in Rom (1829) oder die archäologischen Grabungen in Griechenland und später die an der Seidenstraße (Turfan) beanspruchten. Der bloße rechtliche Schutz deutscher kultureller und wissenschaftlicher Unternehmungen im Ausland war letztlich nur durch den Staat zu gewährleisten.

Nach der Reichsgründung konnte hier das Reich selbst tätig werden. So lässt sich der erwähnte 1874 zwischen dem Deutschen Reich und Griechenland geschlossene Vertrag, der den deutschen Archäologen unter bestimmten Bedingungen die Grabungen in Olympia erlaubte, als das erste deutsche Kulturabkommen des 19. Jahrhunderts bezeichnen. Fast gleichzeitig damit wurde das Deutsche Archäologische Institut in Rom aus dem preußischen in den Reichshaushalt übernommen und der Reichsschulfonds gegründet. Das Reich trat schließlich 1896 auch in die Förderung der schon 1864 von Preußen begonnenen „Mitteleuropäischen Gradmessung“ ein, die 1886 als „Europäische Gradmessung“ und schließlich als „Internationale Erdmessung“ zu einem globalen Großunternehmen wurde (Abelein 1968: 14 f.). Dem Reich wuchs so über die Außenpolitik eine kulturpolitische Kompetenz über die Auslandsinstitute zu:

1887 über das Orientalische Seminar in Berlin mit seinen Außenbeziehungen

1894 über den Afrikafonds für Forschungszwecke

1902 über das Kunsthistorische Institut in Florenz (Villa Romana)

1906 über das Schulreferat im Auswärtigen Amt mit einem schon seit 1878 bestehenden Reichsfonds für das zum Teil Jahrhunderte alte und seit der Reichsgründung von 1871 schnell weiter wachsende deutsche Auslandsschulwesen

1907 über das Deutsche Institut für Ägyptische Altertumskunde in Kairo.

Seit der Einrichtung des Schulreferats im Auswärtigen Amt 1906 kam es auf Seiten des Reichs auch zur Gründung sogenannter deutscher *Propagandaschulen* im Ausland (besonders in China und im Nahen Osten), die den Zweck hatten, ausländische Schüler aufzunehmen, und deren deutsche Lehrer oft zuvor am Orientalischen Seminar in Berlin auf ihre Aufgabe sprachlich vorbereitet worden waren. Auch deutsche Hochschulprofessoren wurden vor dem Ersten Weltkrieg in beträchtlicher Zahl nach China, in die Türkei, nach Persien und in die Vereinigten Staaten von Amerika entsandt. Der deutsch-amerikanische Professoren Austausch (1905–1915) war dann ein weiteres frühes Beispiel für die ersten deutschen Kulturabkommen neuer Art (vom Brocke 1981).

Nicht ganz so spektakulär, aber durchaus von zukunftsweisender Bedeutung waren die seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu registrierenden wissenschaftlichen und kulturellen Institute der europäischen Mächte im Ausland. Hier ist Deutschland den Weg zur Gründung wissenschaftlicher Einrichtungen gegangen, der langfristig zu beachtlichen interkulturellen Ergebnissen geführt hat. Die schon erwähnte Bedeutung der ältesten wissenschaftlichen

Auslandsinstitute, die mit der Gründung des Deutschen Archäologischen Instituts in Rom 1829 als *Istituto di corrispondenza archeologica* begonnen hatte und mit der Eröffnung seiner neuen Zweigstelle in Athen (1874) fortgesetzt wurde, war 1888, nach Öffnung der Vatikanischen Archive für die Forschung, durch die Gründung des Deutschen Historischen Instituts in Rom (*Istituto Storico Germanico*) noch weiter gewachsen. Diese wissenschaftlichen Auslandsinstitute hatten sich vor dem Ersten Weltkrieg zu internationalen Forschungsforen entwickelt, an denen ein freier geistiger Austausch zwischen Wissenschaftlern aus ganz Europa stattfand. Sie waren Arbeits- und Treffpunkte der Forscher. Unter den ersten Direktoren des Deutschen Historischen Instituts Rom haben sich vor dem Ersten Weltkrieg besonders Ludwig Quidde (1858–1941, Direktor 1890–1892) und Aloys Schulte (1857–1941, Direktor 1901–1903) um den internationalen Wissenschaftsaustausch, Quidde auch um die Völkerverständigung verdient gemacht und diese Bestrebungen auch nach dem Ersten Weltkrieg fortgesetzt. Die internationale Reputation des Instituts beruhte auch auf den seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts begonnenen Publikationsreihen der „Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken“ – liebevoll auch „Quallen und Frösche“ genannt – und auf seinen großen Regesten- und Editionsreihen zur Geschichte der Kirche und der deutsch-italienischen Beziehungen sowie auf seinen reichen bibliographischen Informationen (Elze/Esch 1990).

3. Ansätze und Rückschläge bei der Schaffung einer autonomen Auswärtigen Kulturpolitik

Ein erster Neuansatz kulturpolitischer Besinnung war mitten im Ersten Weltkrieg in der Friedensresolution des Deutschen Reichstags vom 19. Juli 1917 zum Ausdruck gekommen, die eine erste Abwendung von massiver Kriegspropaganda darstellte. In dieser offiziellen Verlautbarung, die man auch als „vorweggenommene Weimarer Koalition“ bezeichnet hat, hatten Sozialdemokraten, Zentrumsparlei und Fortschrittliche Volkspartei sich auf ein Bekenntnis zum Verständigungsfrieden geeinigt. Ihr Ziel war „die dauernde Versöhnung der Völker, nicht Eroberung, nicht Vergewaltigung, nicht wachsende Verfeindung der Völker, sondern Rückkehr zur Friedensarbeit, zu den Segnungen der Kultur und Zivilisation“ (Bihl 1991: 296 f.; jetzt auch Leonhard 2014: 801 f.). Die hier geforderte Kurskorrektur scheiterte jedoch an der intransigenten 3. Obersten Heeresleitung, die noch ganz in expansionistischem und propagandistischem Denken befangen war. Und auf französischer Seite stand es ähnlich. In einem Punkt gab es allerdings einen Unterschied: Es kam in Deutschland trotz der vielfältigen kulturellen und wissenschaftlichen Auslandsaktivitäten im Kaiserreich noch nicht, wie in Frankreich um 1909, zur Gründung einer entsprechenden zentralen staatlichen Koordinierungsstelle. Dies war erst nach dem Weltkrieg der Fall.

Man war in der 1920 neu geschaffenen Kulturabteilung (Abteilung VI) des Auswärtigen Amts erstmals skeptisch, was „Kulturpropaganda“ betraf (Düwell 1981: 54 f.). Dieses Wort trat nun mehr und mehr in den Hintergrund und wich allmählich einem stärkeren Bemühen, sich zwar im Ausland kulturell nützlich zu machen, zu informieren und damit auch zu werben, aber dies nach der Propagandaphase nun eher im Sinne einer pragmatischen „Neuen Sachlichkeit“. Der Staatssekretär im Preußischen Kultusministerium und nachmalige Minister, der Orientalist und Islamforscher Carl Heinrich Becker, brachte die neue Auffassung in einer Denkschrift von 1919 auf die Formel: „Von dem Wahn, dass mit Selbstlob und Pressepropaganda Kulturpoli-